

PB.W-01-608 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Antragsteller*in: Dennis Paustian-Döscher (KV Hamburg-Wandsbek)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 608 bis 610:

Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger ~~und~~, gerechter und transparenter machen. ~~Nachhaltiger wird er, wenn~~ Daher werden wir den Bundeshaushalt nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (Doppik) in Einklang mit den kommenden europäischen Richtlinien aufstellen. Die Feststellung politischer Ziele im Haushalt erlaubt die ~~umweltschädlichen~~ bessere Durchsetzung unserer zentralen grünen Anliegen wie die Beendigung umweltschädlicher Subventionen endlich beenden und der konsequenten gleichstellungspolitischen Aspekte. Immer noch subventionieren die öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro klimaschädliches Verhalten,

Von Zeile 615 bis 618 einfügen:

Bundes streben wir eine Klimaquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung dieser nachhaltigen Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Nachhaliger wird der Haushalt außerdem, weil die Doppik Haushaltspolitik durch den Verkauf öffentlichen Vermögens und das Aufschieben von Investitionen bestraft. Gerechter gegenüber zukünftigen Generationen, weil wir heute entstehende Kosten auch veranschlagen. Mit dem Gender-Budgeting erreichen wir eine konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen. Zuletzt wird der Haushalt transparenter, weil neben den Einnahmen und Ausgaben des Staates auch die Veränderungen öffentlichen Vermögens sichtbar wird. Das macht den Haushalt gerechter.

Begründung

In der bisherigen kameralen Haushaltsaufstellung des Bundes werden ausschließlich Einnahmen und Ausgaben gegenübergestellt. Weder werden zukünftige Verpflichtungen wie Pensionslasten abgebildet, noch wird der Verzehr unserer Infrastruktur berücksichtigt. So konnten Haushalte "konsolidiert" werden, in dem öffentliche Investitionen aufgeschoben oder ganz abgesagt worden sind. Dieses wäre mit der Doppik in dieser Form nicht mehr möglich. Eine Umstellung auf die Grundsätze der staatlichen Doppik / EPSAS ist daher geboten und dient der Umsetzung unserer grünen Anliegen.

weitere Antragsteller*innen

Manuel Sarrazin (KV Hamburg-Harburg); Ulrich Lindner (KV Schwabach); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Moritz Lamparter (KV Hamburg-Nord); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Henrike Hahn (KV München); Tim Pargent (KV Bayreuth-Stadt); Barbara Fuchs (KV Fürth-Stadt); Oliver Döscher (KV Hamburg-Wandsbek); Sascha Müller (KV Schwabach); Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Manuel Muja (KV Hamburg-Mitte); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Johannes Diether Schönfelder (KV Hamburg-Nord); Reiner Daams (KV Solingen); André Lohde (KV Hamburg-Mitte); Clamor von Trotha (KV Hamburg-Wandsbek); Hendrik Hinrichs (KV Hamburg-Nord); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Maryam Blumenthal (KV Hamburg-Wandsbek); Peter Peetz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Sonja Lattwesen (KV

Hamburg-Mitte); Andrea Nunne (KV Hamburg-Nord); Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck); Susanna Scherer (KV Aschaffenburg-Land); Herbert Weber (KV München); Oliver Strisch (KV Eichstätt); Roland Spiegel (KV Mühldorf); Kim Daniel Hinrichs (KV Hamburg-Altona); Arne Stamer (KV Hamburg-Bergedorf); Andreas Kraus (KV Nürnberg-Stadt); Maria Krieger (KV Kelheim); Sonja Obermeier (KV Ebersberg); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Frank Dürsch (KV München); Leon Eckert (KV Freising); Holger Kramer (KV Landsberg-Lech); Thomas Mack (KV Neu-Ulm); Heidi Schiller (KV München); Ingo Werner (KV Landsberg-Lech); Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Harald Zimmerhackel-Monien (KV Fürstenfeldbruck); Dana Vornhagen (KV Hamburg-Altona); Gabriele Masch (KV München); Johannes Alexander Müller (KV Hamburg-Altona); Anton Josef Heine (KV München); Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt); André Höftmann (KV Fürth-Land); Michael Schreyer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Julia Chiandone (KV Hamburg-Wandsbek)